

Bibliothek 2. Ex.  
des  
Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

|                                                                                                                                                    |     |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Ist die Überwindung der Rezession in den angelsächsischen Ländern auf eine konsequent angebotsorientierte Wirtschaftspolitik zurückzuführen? ..... | 159 |
| Alternativen künftiger Europapolitik .....                                                                                                         | 170 |

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 14/84

Berlin

5. April 1984

51. Jahrgang

## Ist die Überwindung der Rezession in den angelsächsischen Ländern auf eine konsequent angebotsorientierte Wirtschaftspolitik zurückzuführen?

*Sowohl in den USA als auch in Großbritannien war und ist es das erklärte Ziel der Regierungen, mit Hilfe der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik die Bedingungen für einen dauerhaften Wirtschaftsaufschwung zu schaffen. So sollten, als nach dem Regierungswechsel Ende des letzten bzw. Anfang dieses Jahrzehnts die Wirtschaft beider Länder in eine Rezession abglitt, nicht einmal vorübergehend nachfragestützende, der Rezession entgegenwirkende Maßnahmen ergriffen werden. Vielmehr wurde zunächst — vor allem in Großbritannien — die Wirtschaftsschrumpfung als eine Reinigungsphase aufgefaßt, die dazu beiträgt, die Angebotsbedingungen zu verbessern. Je länger aber der Wirtschaftsrückgang anhielt und je größer die Zahl der Arbeitslosen wurde, um so weniger sahen sich die Regierungen in der Lage, ihrem ursprünglichen wirtschaftspolitischen Kurs ohne Berücksichtigung von Nachfrageaspekten zu folgen. Nicht zuletzt diese Verhaltensänderung war für die Überwindung der Rezession entscheidend.*

Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik hat allerdings in den USA eine andere Ausprägung als in Großbritannien. Während in den USA das Schwerkraft dieser Politik auf der Steuerentlastung ruht und eine kräftige Steigerung des staatlichen Haushaltsdefizits zunächst in Kauf genommen wird, ist die Haushaltskonsolidierung in Großbritannien ein ebenso wichtiges Ziel, und die Steuerentlastung fällt hier mit Rücksicht darauf geringer aus. Sowohl von der Verringerung des Staatsdefizits, die den britischen Kapitalmarkt entlasten und Zinssenkungstendenzen auslösen soll, als auch von den Steuersenkungen erhofft man sich eine Verstärkung des Leistungsanreizes, die vor allem die Investitionsbereitschaft der Unternehmen dauerhaft vergrößert. Das hinter dieser Politik stehende Motiv war ursprünglich, daß ein von den Investitionen getragener Aufschwung in Gang gesetzt werden sollte, wobei die staatlich weniger regulierten, marktwirtschaftlich organisierten Bereiche das

wirtschaftliche Wachstum vorantreiben und eine aktive Konjunkturpolitik des Staates überflüssig machen.

### Konjunkturaufschwung in beiden angelsächsischen Ländern nach bewährtem Muster in Gang gekommen

Sind somit auch Steuersenkungen ein Kernstück der angebotsorientierten Strategie in den USA, so ist doch nicht zu übersehen, daß sie nicht nur einen Angebotseffekt, sondern vor allem auch Nachfragewirkungen haben. Diese wurden allerdings in den USA zunächst dadurch konterkariert, daß eine sehr restriktive Geldpolitik zur Bekämpfung der Inflation betrieben wurde. Darin folgte der Federal Reserve Board bis zum Herbst 1982 einer weiteren Grundforderung der angebotsorientierten Strategie sehr viel strikter als die britische Notenbank. Unter dem Eindruck von Rezession und hoher Arbeitslosigkeit wurde die Geldpo-

Tabelle 1

Entwicklung des Bruttosozialprodukts und seiner Komponenten in den USA

|                                     | 1978                                                    | 1979  | 1980  | 1981  | 1982  | 1983  | 1984 <sup>1)</sup> |
|-------------------------------------|---------------------------------------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|--------------------|
|                                     | Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH <sup>2)</sup> |       |       |       |       |       |                    |
| Privater Verbrauch                  | 4,5                                                     | 2,7   | 0,5   | 2,7   | 1,4   | 4,3   | 4                  |
| Öffentlicher Verbrauch              | 2,0                                                     | 1,4   | 2,2   | 0,8   | 1,9   | 0,5   | 0,5                |
| Wohnungsbauinvestitionen            | 2,8                                                     | -5,3  | -20,3 | -5,1  | -15,4 | 39,4  | 20                 |
| Sonstige Bauinvestitionen           | 10,4                                                    | 10,3  | -0,8  | 7,6   | 1,7   | -6,7  | 10                 |
| Ausrüstungsinvestitionen            | 13,8                                                    | 6,2   | -3,2  | 4,2   | -7,6  | 4,9   | 12                 |
| Anlageinvestitionen des Staates     | 7,2                                                     | -7,4  | 1,6   | -7,1  | -5,1  | -0,5  | 0                  |
| Anlageinvestitionen der Unternehmen | 10,2                                                    | 5,4   | -8,1  | 4,3   | -7,2  | 9,3   | 13                 |
| Anlageinvestitionen, insgesamt      | 9,9                                                     | 3,8   | -7,1  | 2,9   | -6,9  | 8,2   | 12                 |
| Ausfuhr von Gütern und Diensten     | 12,2                                                    | 15,4  | 8,8   | 0,4   | -7,8  | -5,7  | 3                  |
| Einfuhr von Gütern und Diensten     | 14,1                                                    | 6,1   | -0,2  | 7,3   | 1,5   | 7,4   | 8                  |
| Bruttosozialprodukt                 | 5,0                                                     | 2,8   | -0,3  | 2,6   | -1,9  | 3,4   | 4,5                |
|                                     | Anteile am Bruttosozialprodukt nominal in vH            |       |       |       |       |       |                    |
| Privater Verbrauch                  | 62,2                                                    | 62,3  | 63,4  | 62,9  | 64,8  | 65,2  | 65,0               |
| Öffentlicher Verbrauch              | 17,9                                                    | 17,6  | 18,3  | 18,3  | 19,4  | 19,3  | 19,0               |
| Wohnungsbauinvestitionen            | 5,1                                                     | 4,9   | 3,9   | 3,6   | 3,0   | 3,9   | 4,3                |
| Sonstige Bauinvestitionen           | 5,8                                                     | 6,1   | 6,3   | 6,3   | 6,3   | 5,5   | 5,6                |
| Ausrüstungsinvestitionen            | 7,9                                                     | 7,9   | 7,5   | 7,4   | 6,7   | 6,6   | 6,7                |
| Anlageinvestitionen des Staates     | 2,1                                                     | 2,0   | 2,1   | 1,8   | 1,7   | 1,5   | 1,5                |
| Anlageinvestitionen der Unternehmen | 16,7                                                    | 16,9  | 15,6  | 15,5  | 14,3  | 14,5  | 15,1               |
| Anlageinvestitionen, insgesamt      | 18,8                                                    | 18,9  | 17,7  | 17,3  | 16,0  | 16,0  | 16,6               |
| Lagerinvestitionen                  | 1,2                                                     | 0,6   | -0,3  | 0,6   | -0,8  | -0,2  | 0,3                |
| Ausfuhr von Gütern und Diensten     | 10,1                                                    | 11,7  | 12,9  | 12,5  | 11,3  | 10,2  | 9,7                |
| Einfuhr von Gütern und Diensten     | 10,2                                                    | 11,1  | 12,0  | 11,6  | 10,7  | 10,5  | 10,6               |
| Außenbeitrag                        | -0,1                                                    | 0,6   | 0,9   | 0,9   | 0,6   | -0,3  | -0,9               |
| Bruttosozialprodukt                 | 100,0                                                   | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0              |

1) Geschätzt.- 2) Zu Preisen von 1972.  
Quelle: Survey of Current Business, Januar 1984.

litik dann aber beträchtlich gelockert und bis zum Sommer 1983 eine über den anvisierten Zielkorridor weit hinausschießende Geldmengenexpansion zugelassen. Das Zusammenwirken von stark expansiver Geld- und Finanzpolitik, bei dem ein hohes Staatsdefizit hingenommen wird, ähnelt nun mehr dem Muster einer keynesianisch-nachfrageorientierten Strategie, nach dem in der Vergangenheit vor allem unter der Kennedy- und Carter-Regierung konjunkturelle Schwächephasen überwunden wurden, als dem Konzept einer Angebotspolitik, durch das die gegenwärtige Politik inspiriert wurde. Der Konjunkturanstoß ging deshalb auch nicht — wie erstrebt — von autonomen Investitionen der privaten Unternehmen aus, wobei diese wieder mehr ihrer Rolle gerecht geworden wären, Zukunftsvorsorge zu treffen und Risiko einzugehen. Vielmehr war es neben den Wohnungsbau- und Lagerinvestitionen, die die gelockerte Geldpolitik und damit einhergehende Zinssenkungen anregten, der private Verbrauch, von dem zunächst die kräftigsten Impulse kamen. Überraschend war dabei, wie stark der private Verbrauch von der nachfrageexpansiven

Wirtschaftspolitik angeregt wurde, obwohl ursprünglich mit den Steuersenkungen eine Stimulierung der Investitionen und des Sparens beabsichtigt war. Die Verbrauchsanregung war nicht geringer als in der Vergangenheit. Widerlegt wird dadurch die weit verbreitete Auffassung, daß mit einer nachfrageexpansiven Politik heute nicht mehr viel zu erreichen sei.

Allerdings kommt in der kräftigen Zunahme des privaten Verbrauchs auch ein Nachholbedarf zum Ausdruck, der in der vorangegangenen Periode konjunktureller Schwäche nicht gedeckt wurde und der auch ohne Steuersenkungen zu einer — wenn auch erheblich langsameren — Steigerung des privaten Verbrauchs Anlaß gegeben hätte. So nahm die 1982 schon verringerte Sparneigung der privaten Haushalte 1983 weiter ab. Die Deckung des Nachholbedarfs wurde aber auch dadurch ermöglicht, daß die Realeinkommen der privaten Haushalte 1983 wieder zunahmen, nachdem sie in den Jahren davor entweder gesunken waren oder stagniert hatten. Zwar verstärkte sich die Erhöhung der Nominaleinkommen nur geringfügig, be-

Tabelle 2

Indikatoren zur Einkommensverteilung in den USA

|                                                                   | 1978                                         | 1979 | 1980 | 1981 | 1982 | 1983 | 1984 <sup>1)</sup> |
|-------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------|------|------|------|------|------|--------------------|
|                                                                   | Veränderungen gegenüber dem Vorjahr<br>in vH |      |      |      |      |      |                    |
| Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit<br>und Vermögen, nominal | 15,3                                         | 10,8 | 1,7  | 16,8 | -3,2 | 12,3 | 13,5               |
| Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit                        |                                              |      |      |      |      |      |                    |
| nominal                                                           | 12,9                                         | 12,1 | 9,7  | 10,6 | 5,5  | 6,7  | 8                  |
| preisbereinigt <sup>2)</sup>                                      | 4,9                                          | 0,7  | -3,3 | 0,2  | -0,6 | 3,4  | 3                  |
| Bruttoeinkommen je unselbständig Beschäftigten                    |                                              |      |      |      |      |      |                    |
| nominal                                                           | 8,1                                          | 9,0  | 8,8  | 9,7  | 7,3  | 6,2  | 6                  |
| preisbereinigt <sup>2)</sup>                                      | 0,4                                          | -2,1 | -4,1 | -0,6 | 1,1  | 2,9  | 1                  |
| Produktion <sup>3)</sup> je unselbständig Beschäftigten           | 0,6                                          | 0,0  | -1,1 | 1,8  | -0,2 | 2,9  | 3                  |
| Lohnstückkosten <sup>4)</sup>                                     | 7,5                                          | 9,0  | 10,0 | 7,8  | 7,5  | 3,2  | 3,5                |
| Verbraucherpreise                                                 | 7,7                                          | 11,3 | 13,5 | 10,4 | 6,1  | 3,2  | 5                  |
|                                                                   | Anteile am Volkseinkommen<br>nominal in vH   |      |      |      |      |      |                    |
| Bereinigte Gewinnquote <sup>5)</sup>                              | 18,6                                         | 18,3 | 17,0 | 17,9 | 15,4 | 15,8 | 17,5               |
| Bereinigte Lohnquote <sup>6)</sup>                                | 81,4                                         | 81,7 | 83,0 | 82,1 | 84,6 | 84,2 | 82,5               |

1) Geschätzt.- 2) Bereinigt um den Anstieg der Verbraucherpreise.- 3) Reales Bruttosozialprodukt.- 4) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.- 5) Komplementäre Größe zur bereinigten Lohnquote.- 6) Anteil des Einkommens der unselbständig Beschäftigten am Volkseinkommen dividiert durch den Anteil der unselbständig Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten. Bei dieser Bereinigung wird zum Einkommen der Arbeitnehmer ein fiktives Arbeitseinkommen der Selbständigen in Höhe des durchschnittlichen Arbeitnehmer Einkommens hinzugerechnet.

Quelle: Survey of Current Business, Januar 1984.

zogen auf die Zahl der unselbständig Beschäftigten verlangsamte sie sich sogar. Jedoch schwächte sich der Preisauftrieb bei erheblich reduziertem Lohnstückkostenanstieg stärker ab. Die Lohnstückkosten erhöhten sich vor allem deswegen langsamer, weil sich mit dem Einsetzen des Wirtschaftsaufschwungs der Produktivitätsfortschritt beträchtlich verstärkte.

Der erneute Reallohnanstieg wirkte somit, indem er den privaten Verbrauch stimulierte, ebenfalls expansionsanregend und stand keineswegs einer Steigerung der Unternehmensgewinne entgegen. Die von Anhängern der angebotsorientierten Strategie vertretene Auffassung, daß nur eine stärkere Reallohnzurückhaltung die Gewinnlage der Unternehmen derart verbessern könne, daß es zu einem Aufschwung komme, wird daher durch die Entwicklung in den USA nicht gestützt. Vielmehr zeigt diese, daß eine Reallohnsteigerung, die die belebenden Effekte einer Senkung und der Hinnahme eines hohen Staatsdefizits auf die Konsumentennachfrage noch verstärkt, zu einer Expansion auf breiter Front führt, weil die Zunahme des privaten Verbrauchs eine Erhöhung der gewerblichen Anlageinvestitionen nach sich zieht. So reagierten in den USA die Ausrüstungsinvestitionen relativ rasch auf die verbesserte Absatzlage, während bei den gewerblichen Bauinvestitionen zunächst noch Zurückhaltung geübt wurde. Die jetzt bekannt gewordenen Investitionsabsichten der Unter-

nehmen zeigen, daß in diesem Jahr die gesamten gewerblichen Anlageinvestitionen relativ rasch steigen werden. Damit wird durch den vom Verbrauch ausgehenden Wachstumsanstoß ein Investitionsaufschwung induziert, wie er auch in früheren Jahren durch eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik ausgelöst worden war. Dabei steigen nicht nur die Einkommen der unselbständig Beschäftigten, sondern bei sich rapide verbessernder Absatzlage auch die Gewinne. Sie haben sich 1983 schon stärker erhöht als die Löhne, so daß der Anteil der Gewinne am Gesamteinkommen zugenommen hat. Er wird in diesem Jahr aller Wahrscheinlichkeit nach noch erheblich schneller steigen als 1983.

In Großbritannien kam zwar die Rezession eher zum Stillstand als in den USA, die Sozialproduktseinbußen und die Zunahme der Arbeitslosenzahl waren hier jedoch größer als dort. Der Wirtschaftsrückgang wurde auch in Großbritannien nicht — wie von der Regierung erwünscht — durch steigende autonome Investitionen überwunden. Vielmehr waren es zunächst die Bau- und Lagerinvestitionen, die im Jahre 1982, angelegt durch eine gelockerte Geldpolitik im Gefolge des amerikanischen Vorgehens und damit einhergehende Zinssenkungen, den ersten Anstoß gaben. Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung wurde dann aber vor allem durch eine sich immer mehr verstärkende Zunahme des privaten Verbrauchs getragen, obwohl die

Tabelle 3

Entwicklung des Bruttosozialprodukts und seiner Komponenten in Großbritannien

|                                                  | 1978                                                    | 1979  | 1980  | 1981  | 1982  | 1983 <sup>1)</sup> | 1984 <sup>1)</sup> |
|--------------------------------------------------|---------------------------------------------------------|-------|-------|-------|-------|--------------------|--------------------|
|                                                  | Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH <sup>2)</sup> |       |       |       |       |                    |                    |
| Privater Verbrauch                               | 5,5                                                     | 5,0   | -0,5  | 0,2   | 1,5   | 3,5                | 2                  |
| Öffentlicher Verbrauch                           | 2,2                                                     | 1,9   | 1,7   | -0,2  | 1,3   | 2,5                | 0,5                |
| Wohnungsbauinvestitionen                         | 2,1                                                     | -7,8  | -11,1 | -23,9 | 11,3  | 20                 | 0,5                |
| Sonstige Bauinvestitionen                        | -1,2                                                    | -3,0  | -4,6  | -3,7  | 10,4  | 4                  | 3                  |
| Ausrüstungsinvestitionen                         | 7,9                                                     | 6,6   | -3,6  | -8,6  | 1,1   | 0,5                | 6                  |
| Anlageinvestitionen des Staates                  | -11,4                                                   | -4,4  | -13,9 | -26,5 | -6,5  | 17,5               | 2                  |
| Anlageinvestitionen der Unternehmen              | 6,9                                                     | 1,4   | -3,7  | -6,6  | 7,5   | 3                  | 4                  |
| Anlageinvestitionen                              | 3,4                                                     | 0,5   | -5,2  | -9,4  | 5,9   | 4,5                | 4                  |
| Ausfuhr von Gütern und Diensten                  | 1,9                                                     | 3,7   | -0,1  | -2,0  | 1,4   | 0,5                | 4,5                |
| Einfuhr von Gütern und Diensten                  | 3,9                                                     | 10,4  | -3,7  | -2,5  | 3,1   | 5                  | 4,5                |
| BIP zu Marktpreisen <sup>3)</sup>                | 3,5                                                     | 2,0   | -2,4  | -1,2  | 2,4   | 3                  | 2,5                |
| BSP zu Marktpreisen <sup>3)</sup>                | 3,9                                                     | 2,2   | -3,1  | -0,7  | 2,4   | 3                  | 2,5                |
| Nachrichtlich: BIP zu Marktpreisen <sup>4)</sup> | 3,2                                                     | 2,9   | -3,2  | -2,0  | 1,3   | 2                  | 2                  |
|                                                  | Anteile am Bruttosozialprodukt nominal in vH            |       |       |       |       |                    |                    |
| Privater Verbrauch                               | 59,6                                                    | 60,6  | 60,4  | 60,6  | 60,6  | 61,2               | 61,2               |
| Öffentlicher Verbrauch                           | 19,8                                                    | 19,6  | 21,3  | 21,7  | 21,8  | 22,2               | 22,2               |
| Wohnungsbauinvestitionen                         | 3,1                                                     | 3,0   | 2,8   | 2,2   | 2,2   | 2,5                | 2,4                |
| Sonstige Bauinvestitionen                        | 5,6                                                     | 5,7   | 5,9   | 5,7   | 5,6   | 5,5                | 5,3                |
| Ausrüstungsinvestitionen                         | 9,1                                                     | 9,2   | 8,6   | 7,6   | 7,5   | 7,2                | 7,3                |
| Anlageinvestitionen des Staates                  | 2,7                                                     | 2,6   | 2,4   | 1,8   | 1,6   | 1,8                | 1,8                |
| Anlageinvestitionen der Unternehmen              | 15,1                                                    | 15,3  | 14,9  | 13,7  | 13,7  | 13,4               | 13,2               |
| Anlageinvestitionen, insgesamt                   | 17,8                                                    | 17,9  | 17,3  | 15,5  | 15,3  | 15,2               | 15,0               |
| Lagerinvestitionen                               | 1,0                                                     | 1,1   | -1,4  | -1,2  | -0,4  | 0,0                | 0,5                |
| Ausfuhr von Gütern und Diensten                  | 31,7                                                    | 32,3  | 31,6  | 31,1  | 30,5  | 30,2               | 31,1               |
| Einfuhr von Gütern und Diensten                  | 29,9                                                    | 31,5  | 29,2  | 27,7  | 27,8  | 28,8               | 30,0               |
| Außenbeitrag                                     | 1,8                                                     | 0,8   | 2,4   | 3,4   | 2,7   | 1,4                | 1,1                |
| Bruttosozialprodukt <sup>3)</sup>                | 100,0                                                   | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0              | 100,0              |

1) Geschätzt.- 2) Zu Preisen von 1980.- 3) Berechnet nach Verwendungskomponenten.- 4) Berechnet nach Entstehungskomponenten.

Quelle: Monthly Digest of Statistics, Januar 1984.

britische Regierung zu keinen massiven Steuersenkungen griff, die private Nachfrage also von dieser Seite nur wenig anregte. Genauso wie in den USA bestand auch in Großbritannien, wo die Realeinkommen in den Vorjahren ebenfalls gesunken waren, ein erheblicher Nachholbedarf der privaten Haushalte. Die Konsumenten sparten zunächst weniger, um ihn wenigstens teilweise decken zu können. Als 1983 die Zahl der Arbeitslosen nicht mehr zunahm und sich daraufhin die — in den Vorjahren stark verlangsamte — Steigerung der Nominallöhne kaum noch abschwächte, der Preisauftrieb sich dagegen weiter verringerte, stiegen die Reallöhne erneut. Dies führte zu einer erheblich verstärkten Verbrauchszunahme.

Damit wiederholte sich in Großbritannien eine Entwicklung, wie sie das letzte Mal im Jahre 1978, allerdings bei etwas höherem Inflationstempo, zu beobachten gewesen war. Die Labour-Regierung hatte 1977 — ähnlich wie ihre Nachfolgerin nach dem Amtsantritt im Jahre 1979 — eine Austeritätspolitik betrieb,

die sie jedoch, anders als die konservative Regierung, einkommenspolitisch absicherte. Sie setzte einen Sozialkontrakt durch, bei dem sich die Erhöhung der Nominallöhne verringerte und der Reallohn sogar sank. Diese enttäuschende Reallohnentwicklung war ein wichtiger Grund dafür, daß 1978 die staatliche Einkommenspolitik, die auf weitere Verlangsamung des Anstiegs der Nominallöhne zielte, scheiterte. Die Erhöhung der Nominallöhne beschleunigte sich wieder, und der Preisauftrieb verlangsamte sich sogar noch. Die wieder steigenden Reallöhne regten den privaten Verbrauch an und führten zu einer beschleunigten gesamtwirtschaftlichen Expansion, die relativ rasch die Anlageinvestitionen, insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen, erfaßte. Die Expansion kam wieder zum Stillstand, als die konservative Regierung nach ihrem Amtsantritt zu einer einseitig angebotsorientierten Wirtschaftspolitik überging und absolute Priorität der Bekämpfung der Inflation einräumte, die sie allerdings durch eine starke Heraufsetzung der Mehrwertsteuer als Kompensation für die Einnahmeeinbußen

Tabelle 4

Indikatoren zur Einkommensverteilung in Großbritannien

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | 1978                                         | 1979 | 1980 | 1981 | 1982 | 1983 <sup>1)</sup> | 1984 <sup>1)</sup> |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------|------|------|------|------|--------------------|--------------------|
|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | Veränderungen gegenüber dem Vorjahr<br>in vH |      |      |      |      |                    |                    |
| Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit<br>und Vermögen, nominal                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | 18,2                                         | 7,4  | -0,5 | 16,3 | 22,5 | 11                 | 14                 |
| Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |                                              |      |      |      |      |                    |                    |
| nominal                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | 14,2                                         | 16,6 | 18,4 | 7,7  | 6    | 6,5                | 7                  |
| preisbereinigt <sup>2)</sup>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | 5,4                                          | 2,8  | 0,4  | -3,8 | -2,4 | 2                  | 1                  |
| Bruttoeinkommen je unselbständig Beschäftigten                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |                                              |      |      |      |      |                    |                    |
| nominal                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | 13,4                                         | 14,9 | 19,7 | 13,4 | 8,4  | 8                  | 6,5                |
| preisbereinigt <sup>2)</sup>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | 4,7                                          | 1,4  | 1,4  | 1,3  | -0,2 | 3,5                | 0,5                |
| Produktion <sup>3)</sup> je unselbständig Beschäftigten                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | 3,1                                          | 0,7  | -2,1 | 4,6  | 4,7  | 4,5                | 2                  |
| Lohnstückkosten <sup>4)</sup>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | 9,9                                          | 14,1 | 22,2 | 8,4  | 3,5  | 3,5                | 4,5                |
| Verbraucherpreise                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | 8,3                                          | 13,4 | 18,0 | 11,9 | 8,6  | 4,5                | 6                  |
|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | Anteile am Volkseinkommen<br>nominal in vH   |      |      |      |      |                    |                    |
| Bereinigte Gewinnquote <sup>5)</sup>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               | 17,1                                         | 15,6 | 12,1 | 12,6 | 14,8 | 15                 | 17                 |
| Bereinigte Lohnquote <sup>6)</sup>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | 82,9                                         | 84,4 | 87,9 | 87,4 | 85,2 | 85                 | 83                 |
| 1) Geschätzt.- 2) Bereinigt um den Anstieg der Verbraucherpreise.- 3) Reales Bruttosozialprodukt.- 4) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.- 5) Komplementäre Größe zur bereinigten Lohnquote.- 6) Anteil des Einkommens der unselbständig Beschäftigten am Volkseinkommen dividiert durch den Anteil der unselbständig Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten. Bei dieser Bereinigung wird zum Einkommen der Arbeitnehmer ein fiktives Arbeitseinkommen der Selbständigen in Höhe des durchschnittlichen Arbeitnehmerinkommens hinzugerechnet. |                                              |      |      |      |      |                    |                    |
| Quelle: Monthly Digest of Statistics, January 1984.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |                                              |      |      |      |      |                    |                    |

aus der Einkommensteuersenkung zunächst noch geschürt hatte.

Die jetzige Entwicklung ist derjenigen von 1978 auch darin ähnlich, daß der Staat nach einer Phase zurückhaltender Ausgabentätigkeit seine Ausgaben nun wieder erhöht hat. Anders als 1978 stiegen 1983 aber auch die staatlichen Anlageinvestitionen, die in den Jahren zuvor erheblich reduziert worden waren. Die zunehmende Staatsaktivität stand allerdings im Gegensatz zu dem erklärten Willen der britischen Regierung, den Staatssektor endlich noch fühlbarer zurückzudrängen. Dies ist darin begründet, daß wichtige Staatsaufgaben wie die Erhaltung und Erweiterung der Infrastruktur nicht auf Dauer stark vernachlässigt werden können. Weil die Regierung auch weiterhin an dem Ziel der Verringerung des Staatsanteils an der gesamtwirtschaftlichen Aktivität festhält, ist allerdings von der Öffentlichkeit häufig übersehen worden, daß die wirtschaftliche Expansion im letzten Jahr auch durch die Zunahme der staatlichen Nachfrage gestützt wurde. Das Staatsdefizit, das in den Jahren 1981 und 1982 verringert werden konnte, nahm deshalb 1983 wieder zu.

Genauso wie im Jahre 1978 werden nun auch die gewerblichen Anlageinvestitionen von der konjunkturellen Aufwärtsbewegung erfaßt, zumal in Großbritannien die Gewinne wie in den USA überproportional gestiegen sind. Anders als in den USA scheint aber die

starke Steigerung der Wohnungsbauinvestitionen bei restriktiverer Geldpolitik wieder zum Stillstand zu kommen. Die gesamten Anlageinvestitionen nehmen infolgedessen in Großbritannien erheblich schwächer zu als in den USA.

#### Übergang zu einer nachfragerestriktiven Wirtschaftspolitik gefährdet den Aufschwung

In den USA reicht die für dieses Jahr zu erwartende Investitionszunahme zusammen mit der aller Wahrscheinlichkeit nach anhaltenden Steigerung des privaten Verbrauchs aus, die gesamtwirtschaftliche Expansion 1984 zwar nicht im zu Anfang des Jahres erreichten hohen Tempo (Jahresrate des Wachstums des realen Bruttosozialprodukts im ersten Quartal reichlich 7 vH), aber mit einer Wachstumsrate zwischen 4 und 5 vH aufrechtzuerhalten. Der private Verbrauch wird also weiter beachtlich, wenn auch leicht verlangsamt zunehmen, obwohl sich die Reallöhne je Beschäftigten sehr viel schwächer erhöhen werden als im vergangenen Jahr. Jedoch dürfte die Zahl der Beschäftigten beschleunigt steigen, so daß sich die Zunahme der Realeinkommen der unselbständig Beschäftigten insgesamt kaum verringern wird. Allerdings ist nicht damit zu rechnen, daß die Nominallöhne je Beschäftigten, deren Erhöhung sich in den letzten Jahren erheblich abgeschwächt hat, 1984 noch-

mals langsamer steigen werden. Die Reallöhne je Beschäftigten werden sich nur deshalb schwächer erhöhen, weil die Unternehmen den gegenwärtigen Konjunkturaufschwung dazu nutzen, über eine leichte Beschleunigung des Preisauftriebs ihre Gewinnlage weiter zu verbessern. Einen gewissen Spielraum hierfür schafft auch die Geldpolitik, die nach einer kurzen Phase stark verlangsamten Geldmengenwachstums in den letzten Monaten das Geldangebot wieder stärker ausgedehnt hat. Sie wollte damit vermeiden, daß der Wirtschaftsaufschwung bereits in diesem Jahr zum Stillstand kommt.

Die Verlangsamung der Reallohnsteigerung scheint die These der angebotsorientierten Theorie doch noch zu bestätigen, daß ohne Lohnzurückhaltung eine überproportionale Investitionsausweitung nicht zu erreichen sei. Diese These drückt nicht etwa nur die Selbstverständlichkeit aus, daß bei einer stärkeren Nutzung des Produktionspotentials für Investitionszwecke kurzfristig weniger Spielraum für die Zunahme des Konsums besteht — dies freilich nur dann, wenn die Unterauslastung des Potentials nicht so groß ist, daß auch bei einer kräftigen Investitionssteigerung der Konsum beliebig stark ausgedehnt werden könnte, und wenn ein verstärkter Rückgriff auf das Auslandsangebot mit der Folge einer weiteren Verschlechterung der Leistungsbilanz vermieden werden soll. Vielmehr fordert diese These, daß einem Investitionsaufschwung Lohnzurückhaltung *vorangehen* müßte. In den USA wird aber nur relative Lohnzurückhaltung in einer Phase bereits in Gang gekommenen Investitionsaufschwungs geübt. Hätte sie schon früher stattgefunden, so wäre es wegen schlechter Absatzlage fraglich gewesen, ob überhaupt das erhoffte Investitionswachstum eingesetzt hätte.

Eine relative Lohnzurückhaltung scheint trotz gegenwärtig noch unterausgelasteter Kapazitäten gerechtfertigt zu sein, weil beim jetzigen Wachstumstempo schon bald Kapazitätsengpässe entstehen könnten. Wegen der schwachen Investitionstätigkeit in den Vorjahren ist auch in den USA das Produktionspotential nur mäßig ausgedehnt worden. Die relative Lohnzurückhaltung darf jedoch nicht länger als die überproportionale Investitionssteigerung währen, wenn nicht Absatzprobleme zu einem baldigen Ende des Aufschwungs führen sollen. Freilich ist kaum zu vermuten, daß die amerikanischen Gewerkschaften die später notwendigen Lohnerhöhungen nicht durchsetzen werden. Berechtigter ist die Furcht, daß in einer späteren Aufschwungsphase die Löhne und Preise wieder stärker als von Regierung und Öffentlichkeit toleriert steigen und damit einem dauerhaften Wachstumsprozeß entgegenstehen werden.

Der Wirtschaftsaufschwung in den USA ist gegenwärtig aber noch nicht dadurch gefährdet, daß sich

solche möglichen Entwicklungen abzeichneten. Seine stärkste Bedrohung geht augenblicklich von der öffentlichen Diskussion über das hohe Staatsdefizit und den beträchtlichen Passivsaldo der Leistungsbilanz aus. Bedrohlich ist weniger die Tatsache, daß solche Defizite überhaupt entstanden sind. Vielmehr sind es die Meinungen, die sich die breite Öffentlichkeit über ihre angeblich schädlichen Wirkungen auf die Konjunktur gebildet hat, sowie die sich daraus ergebenden Forderungen an die Wirtschaftspolitik.

Im Staatsdefizit wird allgemein die Ursache für ein überhöhtes Zinsniveau gesehen. Es wurde bereits in den *Grundlinien*<sup>1</sup> eingehender ausgeführt, daß wenig für einen solchen simplen Zusammenhang spricht. Trotzdem wird immer wieder argumentiert, daß das hohe Staatsdefizit über seinen Einfluß auf das Zinsniveau investitionsbeeinträchtigend wirke und damit einem dauerhaften Wirtschaftsaufschwung entgegenstehe. Betrachtet wird dabei nur das Budgetdefizit des Bundes, und es wird meist außer acht gelassen, daß die Staaten und die Gemeinden einen beachtlichen Überschuß erzielen, das Defizit aller Gebietskörperschaften also weit unter dem des Bundes<sup>2</sup> liegt. Gefolgert wird aus der vorherrschenden Anschauung über die Wirkung des amerikanischen Staatsdefizits, daß das gegenwärtige Wirtschaftswachstum nur aufrechtzuerhalten sei, wenn das Staatsdefizit rasch abgebaut werde.

In dem hohen und weiter steigenden Passivsaldo der Leistungsbilanz, der auf einem — wegen der Zinsdifferenz zum Ausland — überhöhten Dollarkurs beruht, wird eine Gefährdung des Wirtschaftswachstums gesehen, weil die Expansion der inländischen Nachfrage zunehmend dem Ausland zugute komme und dies nicht durch eine entsprechende Zunahme der ausländischen Nachfrage ausgeglichen werde. Der hohe Passivsaldo der Leistungsbilanz sei aber letztlich nur eine Folge des hohen Staatsdefizits und der von ihm ausgehenden zinstreibenden Kraft. Das eine Defizit könne daher nicht ohne das andere abgebaut werden.

Würde die Forderung nach einer raschen Verringerung des staatlichen Budgetdefizits von der Regierung erfüllt werden, so würde das aber die weitere Konjunkturentwicklung stärker gefährden als die vorläufige, auf nachfragegestützender Finanzpolitik beruhende Hinnahme dieses Defizits. Allerdings kann nicht kontrovers sein, daß, nachdem auch die Investitionen vom Aufschwung erfaßt worden sind und damit das Wachstum sich mehr und mehr selbst trägt,

<sup>1</sup> Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1984. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur im DIW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1-2/1984, S. 6.

<sup>2</sup> In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung betrug 1983 das Defizit des Bundes 182,9 Mrd. \$.

der Bedarf an expansiver Finanzpolitik abnimmt. Voraussetzung hierfür ist freilich, daß der Federal Reserve Board weiterhin ausreichend Liquidität bereitstellt. Eine Verringerung des Staatsdefizits zumindest in dem Ausmaß, das sich aus der konjunkturellen Aufwärtsbewegung ergibt, ist daher durchaus angebracht. Nicht eine behutsame, sondern nur eine abrupte Verminderung des Staatsdefizits würde den Wirtschaftsaufschwung gefährden. Die Absichten der Regierung lassen zwar bisher nicht erkennen, daß ein rascher Defizitabbau geplant ist. Je stärker sich aber die Forderung derjenigen, die gegen eine nachfrageexpansive Wirtschaftspolitik erhebliche Bedenken haben, durchsetzt, um so eher werden sich die Bedenken dieser Kritiker als richtig erweisen. Die nachfrageanregende Politik, die bisher so erfolgreich war, hätte dann wegen ihres Abbruchs als Folge einer falschen Einschätzung ihrer Wirkung nicht zu einer dauerhaften Expansion geführt.

So sehr auch der Passivsaldo der Leistungsbilanz das Bild der gegenwärtigen Entwicklung verdunkelt, seine allmähliche Abnahme wäre bei anhaltender Expansion möglich, wenn in ihrem Verlauf der Dollarkurs weiter fallen und schließlich ein den Wettbewerbsverhältnissen entsprechendes Niveau erreichen würde. Die Geldpolitik dürfte dann aber nicht auf das weitere Sinken des Dollarkurses mit einem restriktiveren Verhalten reagieren.

In *Großbritannien* sind es nicht die Kritiker der Regierungspolitik, sondern es ist die Regierung selbst, die Zugeständnisse an eine nachfrageanregende Wirtschaftspolitik, wie sie wider Willen im letzten Jahr gemacht wurden, für allenfalls kurzfristig vertretbar hält. Hinzu kommen mag aber auch, daß sich die Regierung nicht vorwerfen lassen will, ihr angebotspolitisches Experiment sei gescheitert und sie sei gezwungen gewesen, einen Wirtschaftsaufschwung nach altem Muster in Gang zu setzen und zu stützen. Sie führt deshalb jetzt die Wirtschaftspolitik wieder auf einen strikt angebotsorientierten Kurs zurück. Im letzten Budget hat sie ihre Absicht bekräftigt, die Relation der Staatsausgaben zum Sozialprodukt fühlbarer als bisher zu verringern. Steuersenkungen hat sie zudem in erster Linie den Unternehmen gewährt. Durch eine stufenweise Verminderung der Körperschaftsteuer hofft sie, die Investitionen anzuregen. Die steuerliche Entlastung der privaten Haushalte war indes nur gering, die Konsumentennachfrage wurde also nur wenig gestützt. Diese per Saldo nachfragerestriktive Finanzpolitik wird durch eine Geldpolitik flankiert, bei der das Geldmengenwachstum wieder mehr eingeengt und so das Inflationstempo weiter gedrosselt werden soll.

Die Rückkehr zu einer strikteren Angebotspolitik hat die Aussicht, daß es auch in Großbritannien zu ei-

nem mehr und mehr sich selbst tragenden Wachstum kommt, wieder verschlechtert. Zwar zeigt die Regierung angesichts des beschleunigten Wachstums der gewerblichen Anlageinvestitionen Zuversicht, daß diese nun endlich zum lang ersehnten Schrittmacher der künftigen Expansion werden. Diese Hoffnung könnte sich aber auch diesmal wieder als illusionär erweisen.

Anders als in den USA dürfte in Großbritannien die Expansion des privaten Verbrauchs nicht das Fundament bleiben, auf dem sich die anderen Sozialproduktkomponenten günstig entwickeln. Es ist damit zu rechnen, daß sich die Erhöhung der Nominal- und Reallohnsätze in diesem Jahr erneut verlangsamt. Damit ginge eine wichtige Basis für eine Fortdauer der relativ kräftigen Verbrauchszunahme verloren. Zwar ist anzunehmen, daß sich die Sparneigung nochmals vermindern wird. Gleichwohl wird sich aber die Zunahme des privaten Verbrauchs abschwächen. Dies wäre nur dann nicht der Fall, wenn die Beschäftigung so wie in den USA stiege.

Eine solche Beschäftigungsentwicklung in Großbritannien ist jedoch nicht zu erwarten. Die voraussichtliche Zunahme der Gesamtinvestitionen ist hier erheblich schwächer. Es ist schwer vorstellbar, daß trotz der nachfragerestriktiven Wirtschaftspolitik die Absatzerwartungen der Unternehmen sich so verbessern könnten, wie es für ein erheblich schnelleres Investitionswachstum auf breiter Front notwendig wäre. Unter diesen Umständen ist die erneute Lohnzurückhaltung, die von den britischen Arbeitnehmern geübt wird, nicht eine Bedingung für eine stärkere Investitionszunahme. Vielmehr trägt sie dazu bei, daß die Expansion allmählich wieder an Kraft verliert. Diese Tendenz wird auch nicht durch die zu erwartende Beschleunigung der Exportzunahme im Zuge der allgemeinen Belebung der Weltwirtschaft grundlegend geändert.

Die in der Tabelle 3 ausgewiesenen Zuwachsraten für das Sozialprodukt variieren — bedingt durch Unzulänglichkeiten der statistischen Ausgangsdaten — je nachdem, wie das Sozialprodukt berechnet wird. Der hier gegebenen Beurteilung, die sich an der Verwendungsseite des Sozialprodukts orientiert, steht diejenige gegenüber, die sich mehr nach der Entstehungsseite richtet. Nach letzterer hat sich die gesamtwirtschaftliche Expansion in den letzten Jahren weniger beschleunigt, und sie wird sich in diesem Jahr nicht abschwächen. Aber auch nach dieser Betrachtung kann kaum davon gesprochen werden, daß es der britischen Regierung bisher gelungen wäre, ein sich selbst tragendes Wachstum im erhofften Ausmaß in Gang zu setzen.

### Resümee

Die vergleichende Betrachtung der angelsächsischen Länder zeigt deutlich, daß sich eine rein angebotsorientierte Wirtschaftspolitik schwer durchhalten läßt. Zwar gelang es mit dieser Politik, die Inflation stark einzudämmen, jedoch um den Preis erheblicher Sozialproduktseinbußen und hoher Arbeitslosigkeit. Die Überwindung der Rezession war in beiden Ländern nur möglich, weil die Wirtschaftspolitik auch Nachfragewirkungen entfaltete. Diese waren in den USA besonders stark. Sie lösten einen kräftigen Wirtschaftsaufschwung aus, bei dem nach altem Muster der private Verbrauch den gewerblichen Anlageinvestitionen vorauseilte und schließlich einen Investitionsaufschwung induzierte. Das Wachstum könnte gegenwärtig in den USA nur dadurch gefährdet werden, daß zum Abbau der hohen Defizite des Staatsbudgets und der Leistungsbilanz eine zu stark restriktive Wirtschaftspolitik betrieben würde.

Aber auch in Großbritannien belebte sich die Wirtschaft nach bewährtem Muster. Eine beachtliche Verbrauchssteigerung zieht nun auch hier eine Zunahme der gewerblichen Anlageinvestitionen nach sich. Jedoch hat die Expansion in Großbritannien nicht derart an Dynamik gewonnen, daß sie den Bremswirkungen einer jetzt wieder restriktiven Politik genügend Schubkraft entgegensetzen könnte. Die britische Regierung ist jedoch trotz eigener Erfahrungen im letzten Jahr und trotz der Erfahrungen, die gegenwärtig in den USA gemacht werden, überzeugt, daß sie nur mit einer strikten Angebotspolitik den erwünschten, sich selbst tragenden Wachstumsprozeß in Gang bringen kann. Es ist zu erwarten, daß sich auch diesmal ihre Hoffnungen nicht erfüllen werden.

*Weitere Tabellen zu diesem Bericht auf den folgenden Seiten.*

Tabelle 5

Einnahmen und Ausgaben der volkswirtschaftlichen Sektoren in den USA

Mrd. \$

|                                                                           | 1978      | 1979      | 1980      | 1981      | 1982      | 1983    | 1984 <sup>1)</sup> |
|---------------------------------------------------------------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|---------|--------------------|
| Gesamtwirtschaft                                                          |           |           |           |           |           |         |                    |
| Verwendung                                                                |           |           |           |           |           |         |                    |
| Privater Verbrauch                                                        | 1 346,474 | 1 507,165 | 1 668,059 | 1 857,180 | 1 991,860 | 2 158,6 | 2 357              |
| Öffentlicher Verbrauch                                                    | 386,247   | 425,836   | 482,628   | 542,116   | 597,602   | 638,8   | 692                |
| Wohnungsbauinvestitionen                                                  | 111,244   | 118,569   | 102,870   | 104,261   | 90,750    | 130,5   | 157                |
| Sonstige Bauinvestitionen                                                 | 124,400   | 146,806   | 166,110   | 186,949   | 193,489   | 182,8   | 203                |
| Ausrüstungsinvestitionen                                                  | 170,159   | 191,909   | 197,854   | 218,849   | 206,419   | 216,3   | 242                |
| Anlageinvestitionen des Staates                                           | 45,666    | 48,515    | 55,172    | 53,595    | 51,600    | 51,4    | 54                 |
| Anlageinvestitionen der Unternehmen                                       | 360,137   | 408,769   | 411,662   | 456,464   | 439,058   | 478,2   | 548                |
| Anlageinvestitionen, insgesamt                                            | 405,803   | 457,284   | 466,834   | 510,059   | 490,658   | 529,6   | 602                |
| Lagerinvestitionen                                                        | 26,455    | 14,261    | -9,789    | 18,452    | -24,544   | -6,9    | 13                 |
| Ausfuhr von Gütern und Diensten                                           | 218,718   | 281,358   | 338,771   | 368,753   | 347,614   | 335,8   | 353                |
| Einfuhr von Gütern und Diensten                                           | 219,834   | 268,145   | 314,822   | 342,491   | 330,202   | 346,4   | 386                |
| Außenbeitrag                                                              | -1,116    | 13,213    | 23,949    | 26,262    | 17,412    | -10,6   | -33                |
| Bruttozialprodukt                                                         | 2 163,863 | 2 417,759 | 2 631,681 | 2 954,069 | 3 072,989 | 3 309,5 | 3 631              |
| Verteilung                                                                |           |           |           |           |           |         |                    |
| Indirekte Steuern                                                         | 178,162   | 189,578   | 213,387   | 249,959   | 258,330   | 285,8   | 316                |
| Subventionen                                                              | -5,504    | -6,916    | -6,206    | -6,474    | -4,623    | 0,8     | 2                  |
| Indirekte Steuern abzüglich Subventionen                                  | 183,666   | 196,494   | 219,593   | 256,433   | 262,953   | 285,0   | 314                |
| Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit                                | 1 301,081 | 1 458,139 | 1 599,630 | 1 769,248 | 1 865,656 | 1 990,1 | 2 149              |
| Nichtausgeschüttete Bruttogewinne der Kapitalgesellschaften <sup>2)</sup> | 142,845   | 140,637   | 119,124   | 122,775   | 96,571    | 153,1   | 190                |
| Sonstige Bruttogewinne                                                    | 313,795   | 366,447   | 400,174   | 476,102   | 488,632   | 503,9   | 557                |
| Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen                     | 456,64    | 507,084   | 519,298   | 598,877   | 585,203   | 657,0   | 747                |
| Abschreibungen                                                            | 222,476   | 256,042   | 293,160   | 329,511   | 359,177   | 377,4   | 421                |
| Bruttosozialprodukt                                                       | 2 163,863 | 2 417,759 | 2 631,681 | 2 954,069 | 3 072,989 | 3 309,5 | 3 631              |
| Finanzierungskonto der Unternehmen                                        |           |           |           |           |           |         |                    |
| Einnahmen                                                                 |           |           |           |           |           |         |                    |
| Abschreibungen                                                            | 222,476   | 256,042   | 293,160   | 329,511   | 359,177   | 377,4   | 421                |
| Nichtausgeschüttete Nettogew.d.Kapitalgesell.                             | 59,607    | 53,040    | 34,339    | 39,935    | 37,416    | 77,4    | 95                 |
| Kapitaltransferzahlungen                                                  | -0,442    | 1,501     | 1,239     | 0,971     | 0,004     | 0,3     | 0                  |
| Ausgaben und Finanzierungssaldo                                           |           |           |           |           |           |         |                    |
| Investitionen der Unternehmen                                             | 386,592   | 423,03    | 401,873   | 474,916   | 414,514   | 471,3   | 561                |
| Finanzierungssaldo der Unternehmen                                        | -104,951  | -112,447  | -73,135   | -104,499  | -17,917   | -16,2   | -45                |

1) Geschätzt.- 2) Einschließlich statistischer Diskrepanz.

noch: Einnahmen und Ausgaben der volkswirtschaftlichen Sektoren in den USA

Mrd, \$

|                                              | 1978                            | 1979      | 1980      | 1981      | 1982      | 1983    | 1984 <sup>1)</sup> |
|----------------------------------------------|---------------------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|---------|--------------------|
|                                              | Private Haushalte               |           |           |           |           |         |                    |
|                                              | Einnahmen                       |           |           |           |           |         |                    |
| Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit   | 1 301,081                       | 1 458,139 | 1 599,630 | 1 769,248 | 1 865,656 | 1 990,1 | 2 149              |
| Bruttoeinkommen a.Unternehmertät.u.Vermögen  | 332,432                         | 384,020   | 422,176   | 511,389   | 533,277   | 557,5   | 619                |
| Transfereinkommen                            | 223,297                         | 249,247   | 296,486   | 336,316   | 373,418   | 402,4   | 426                |
| Bruttoeinkommen, insgesamt                   | 1 856,810                       | 2 091,406 | 2 318,292 | 2 616,953 | 2 772,351 | 2 950,0 | 3 194              |
| Öffentliche Ausgaben                         | 420,522                         | 487,913   | 540,122   | 624,385   | 655,055   | 678,6   | 738                |
| Nettoeinkommen, insgesamt                    | 1 436,288                       | 1 603,493 | 1 778,170 | 1 992,568 | 2 117,296 | 2 271,4 | 2 456              |
|                                              | Ausgaben und Finanzierungssaldo |           |           |           |           |         |                    |
| Privater Verbrauch                           | 1 346,474                       | 1 507,165 | 1 668,059 | 1 857,180 | 1 991,861 | 2 158,6 | 2 357              |
| Finanzierungssaldo der privaten Haushalte    | 89,814                          | 96,328    | 110,111   | 135,388   | 125,435   | 112,8   | 99                 |
|                                              | S t a a t                       |           |           |           |           |         |                    |
|                                              | Einnahmen                       |           |           |           |           |         |                    |
| Einkommensteuern                             | 258,682                         | 301,015   | 336,461   | 387,367   | 402,085   | 406,3   | 437                |
| Körperschaftsteuern                          | 83,238                          | 87,597    | 84,785    | 82,840    | 59,155    | 75,7    | 95                 |
| Sozialversicherungsabgaben                   | 161,840                         | 186,898   | 203,661   | 237,018   | 252,970   | 272,3   | 301                |
| Direkte Steuern u.Sozialversicherungsabgaben | 503,760                         | 575,510   | 624,907   | 707,225   | 714,210   | 754,3   | 833                |
| Indirekte Steuern                            | 178,162                         | 189,578   | 213,387   | 249,959   | 258,330   | 285,8   | 316                |
| Einkommen aus Unternehmertätigk.u.Vermögen   | -18,637                         | -17,573   | -22,002   | -35,287   | -44,645   | -53,6   | -62                |
| Bruttoeinkommen, insgesamt                   | 663,285                         | 747,515   | 816,292   | 921,897   | 927,895   | 986,5   | 1 087              |
| Transferzahlungen                            | -230,555                        | -258,831  | -309,185  | -353,087  | -394,489  | -428,1  | -457               |
| Nettoeinnahmen, insgesamt                    | 432,730                         | 488,684   | 507,107   | 568,810   | 533,406   | 558,4   | 630                |
|                                              | Ausgaben und Finanzierungssaldo |           |           |           |           |         |                    |
| Öffentlicher Verbrauch                       | 386,247                         | 425,836   | 482,628   | 542,116   | 597,602   | 638,8   | 692                |
| Anlageinvestitionen                          | 45,666                          | 48,515    | 55,172    | 53,595    | 51,600    | 51,4    | 54                 |
| Ausgaben für Güter und Dienste               | 431,913                         | 474,351   | 537,800   | 595,711   | 649,202   | 690,2   | 746                |
| Finanzierungssaldo des Staates               | 0,817                           | 14,333    | -30,693   | -26,901   | -115,796  | -131,8  | -116               |
|                                              | A u s l a n d                   |           |           |           |           |         |                    |
|                                              | Einnahmen                       |           |           |           |           |         |                    |
| Einfuhr von Gütern und Diensten              | 219,834                         | 268,145   | 314,822   | 342,491   | 330,202   | 346,4   | 386                |
| Transferzahlungen                            | 13,204                          | 14,999    | 17,666    | 22,274    | 25,690    | 24,6    | 29                 |
| Gesamteinnahmen                              | 233,038                         | 283,144   | 332,488   | 364,765   | 355,892   | 371,0   | 415                |
|                                              | Ausgaben und Finanzierungssaldo |           |           |           |           |         |                    |
| Ausfuhr von Gütern und Diensten              | 218,718                         | 281,358   | 338,771   | 368,753   | 347,614   | 335,8   | 353                |
| Finanzierungssaldo des Auslandes             | 14,320                          | 1,786     | -6,283    | -3,988    | 8,278     | 35,2    | 62                 |

1) Geschätzt.

Quelle: Survey of Current Business, July 1982 and July 1983.

Tabelle 6

Einnahmen und Ausgaben der volkswirtschaftlichen Sektoren in Großbritannien

in Mrd. £

|                                                                           | 1978    | 1979    | 1980    | 1981    | 1982    | 1983 <sup>1)</sup> | 1984 <sup>1)</sup> |
|---------------------------------------------------------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|--------------------|--------------------|
| Gesamtwirtschaft                                                          |         |         |         |         |         |                    |                    |
| Verwendung                                                                |         |         |         |         |         |                    |                    |
| Privater Verbrauch                                                        | 99,596  | 118,383 | 136,890 | 152,239 | 167,128 | 182,5              | 198,2              |
| Öffentlicher Verbrauch                                                    | 33,071  | 38,361  | 48,419  | 54,538  | 60,082  | 66,2               | 71,9               |
| Wohnungsbauinvestitionen                                                  | 5,270   | 5,862   | 6,387   | 5,500   | 6,073   | 7,4                | 7,7                |
| Sonstige Bauinvestitionen                                                 | 9,280   | 11,107  | 13,495  | 14,321  | 15,385  | 16,3               | 17,2               |
| Ausrüstungsinvestitionen                                                  | 15,295  | 17,944  | 19,420  | 19,190  | 20,714  | 21,7               | 23,7               |
| Anlageinvestitionen des Staates                                           | 4,606   | 5,145   | 5,528   | 4,641   | 4,460   | 5,3                | 5,7                |
| Anlageinvestitionen der Unternehmen                                       | 25,239  | 29,768  | 33,774  | 34,370  | 37,712  | 40,1               | 42,9               |
| Anlageinvestitionen, insgesamt                                            | 29,845  | 34,913  | 39,302  | 39,011  | 42,172  | 45,4               | 48,6               |
| Lagerinvestitionen                                                        | 1,716   | 2,126   | -3,236  | -3,075  | -1,162  | 0,1                | 1,7                |
| Ausfuhr von Gütern und Diensten                                           | 52,980  | 63,140  | 71,580  | 78,152  | 84,119  | 90,0               | 100,6              |
| Einfuhr von Gütern und Diensten                                           | 50,045  | 61,528  | 66,266  | 69,638  | 76,579  | 86,0               | 97,0               |
| Außenbeitrag                                                              | 2,935   | 1,612   | 5,314   | 8,514   | 7,540   | 4,0                | 3,6                |
| Bruttosozialprodukt <sup>2)</sup>                                         | 167,163 | 195,395 | 226,689 | 251,227 | 275,760 | 298,2              | 324,0              |
| Verteilung                                                                |         |         |         |         |         |                    |                    |
| Indirekte Steuern                                                         | 22,956  | 29,755  | 36,157  | 42,090  | 47,082  | 50,7               | 55,1               |
| Subventionen                                                              | 3,661   | 4,446   | 5,303   | 5,785   | 5,452   | 6,0                | 6,5                |
| Indirekte Steuern abzüglich Subventionen                                  | 19,295  | 25,309  | 30,854  | 36,305  | 41,630  | 44,7               | 48,6               |
| Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit                                | 98,437  | 114,765 | 135,909 | 146,310 | 155,133 | 165,2              | 176,4              |
| Nichtausgeschüttete Bruttogewinne der Kapitalgesellschaften <sup>3)</sup> | 9,631   | 6,541   | 2,730   | 7,215   | 10,990  | 14,6               | 18,9               |
| Sonstige Bruttogewinne                                                    | 20,553  | 25,877  | 29,514  | 30,275  | 34,950  | 36,4               | 39,6               |
| Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen                     | 30,184  | 32,418  | 32,244  | 37,490  | 45,940  | 51,0               | 58,5               |
| Abschreibungen                                                            | 19,247  | 22,903  | 27,682  | 31,122  | 33,057  | 37,3               | 40,5               |
| Bruttosozialprodukt <sup>2)</sup>                                         | 167,163 | 195,395 | 226,689 | 251,227 | 275,760 | 298,2              | 324,0              |
| Finanzierungskonto der Unternehmen                                        |         |         |         |         |         |                    |                    |
| Einnahmen                                                                 |         |         |         |         |         |                    |                    |
| Abschreibungen                                                            | 17,218  | 20,498  | 24,683  | 27,734  | 29,627  | 33,7               | 36,9               |
| Nichtausgeschüttete Nettogew.d.Kapitalgesell.                             | 6,683   | 3,177   | -2,159  | 0,573   | 2,994   | 4,4                | 6,0                |
| Kapitaltransferzahlungen                                                  | 1,044   | 0,697   | 0,864   | 0,810   | 1,145   | 1,2                | 1,0                |
| Ausgaben und Finanzierungssaldo                                           |         |         |         |         |         |                    |                    |
| Investitionen der Unternehmen                                             | 26,955  | 31,894  | 30,538  | 31,295  | 36,550  | 40,2               | 44,6               |
| Finanzierungssaldo der Unternehmen                                        | -2,010  | -7,522  | -7,150  | -2,178  | -2,784  | -0,9               | -0,7               |

1) Geschätzt.- 2) Berechnet nach Verwendungskomponenten.- 3) Einschließlich statistischer Diskrepanz.

noch: **Einnahmen und Ausgaben der volkswirtschaftlichen Sektoren in Großbritannien**  
in Mrd. £

|                                                | 1978    | 1979    | 1980    | 1981    | 1982    | 1983 <sup>1)</sup> | 1984 <sup>1)</sup> |
|------------------------------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|--------------------|--------------------|
| <b>Private Haushalte</b>                       |         |         |         |         |         |                    |                    |
| <b>Einnahmen</b>                               |         |         |         |         |         |                    |                    |
| Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit     | 98,437  | 114,765 | 135,909 | 146,310 | 155,133 | 165,2              | 176,4              |
| Bruttoeinkommen a.Unternehmertätigk.u.Vermögen | 23,024  | 29,098  | 33,817  | 35,654  | 40,088  | 42,1               | 45,9               |
| Transfereinkommen                              | 17,841  | 20,795  | 25,274  | 30,942  | 35,949  | 39,2               | 42,3               |
| Bruttoeinkommen, insgesamt                     | 139,302 | 164,658 | 195,000 | 212,906 | 231,170 | 246,5              | 264,6              |
| Öffentliche Ausgaben                           | 29,608  | 33,199  | 39,795  | 45,058  | 50,373  | 53,4               | 57,3               |
| Nettoeinkommen, insgesamt                      | 109,694 | 131,459 | 155,205 | 167,848 | 180,797 | 193,1              | 207,3              |
| <b>Ausgaben und Finanzierungssaldo</b>         |         |         |         |         |         |                    |                    |
| Privater Verbrauch                             | 99,596  | 118,383 | 136,890 | 152,239 | 167,128 | 182,5              | 198,2              |
| Finanzierungssaldo der privaten Haushalte      | 10,098  | 13,076  | 18,315  | 15,609  | 13,669  | 10,6               | 9,1                |
| <b>Staat</b>                                   |         |         |         |         |         |                    |                    |
| <b>Einnahmen</b>                               |         |         |         |         |         |                    |                    |
| Einkommensteuern                               | 19,501  | 21,668  | 25,851  | 29,147  | 32,304  | 33,9               | 36,4               |
| Körperschaftsteuern                            | 2,948   | 3,364   | 4,889   | 6,642   | 7,996   | 10,2               | 12,9               |
| Sozialversicherungsabgaben                     | 10,107  | 11,531  | 13,944  | 15,911  | 18,069  | 19,5               | 20,9               |
| Direkte Steuern u.Sozialversicherungsabgaben   | 32,556  | 36,563  | 44,684  | 51,700  | 58,369  | 63,6               | 70,2               |
| Indirekte Steuern                              | 22,956  | 29,755  | 36,157  | 42,090  | 47,082  | 50,7               | 55,1               |
| Einkommen aus Unternehmertätigk.u.Vermögen     | -2,471  | -3,221  | -4,303  | -5,379  | -5,138  | -5,7               | -6,3               |
| Abschreibungen                                 | 2,029   | 2,405   | 2,999   | 3,388   | 3,430   | 3,6                | 3,6                |
| Bruttoeinkommen, insgesamt                     | 55,070  | 65,502  | 79,537  | 91,799  | 103,743 | 112,1              | 122,6              |
| Transferzahlungen                              | -24,323 | -28,203 | -33,520 | -39,504 | -44,658 | -48,4              | -51,8              |
| Nettoeinnahmen, insgesamt                      | 30,747  | 37,299  | 46,017  | 52,295  | 59,085  | 63,8               | 70,8               |
| <b>Ausgaben und Finanzierungssaldo</b>         |         |         |         |         |         |                    |                    |
| Öffentlicher Verbrauch                         | 33,071  | 38,361  | 48,419  | 54,538  | 60,082  | 66,2               | 71,9               |
| Anlageinvestitionen                            | 4,606   | 5,145   | 5,528   | 4,641   | 4,460   | 5,3                | 5,7                |
| Ausgaben für Güter und Dienste                 | 37,677  | 43,506  | 53,947  | 59,179  | 64,542  | 71,5               | 77,6               |
| Finanzierungssaldo des Staates                 | -6,930  | -6,207  | -7,930  | -6,884  | -5,457  | -7,7               | -6,8               |
| <b>Ausland</b>                                 |         |         |         |         |         |                    |                    |
| <b>Einnahmen</b>                               |         |         |         |         |         |                    |                    |
| Einfuhr von Gütern und Diensten                | 50,045  | 61,528  | 66,266  | 69,638  | 76,579  | 86,0               | 97,0               |
| Transferzahlungen                              | 1,777   | 2,265   | 2,079   | 1,967   | 2,112   | 2,0                | 2,0                |
| Gesamteinnahmen                                | 51,822  | 63,793  | 68,345  | 71,605  | 78,691  | 88,0               | 99,0               |
| <b>Ausgaben und Finanzierungssaldo</b>         |         |         |         |         |         |                    |                    |
| Ausfuhr von Gütern und Diensten                | 52,980  | 63,140  | 71,580  | 78,152  | 84,119  | 90,0               | 100,6              |
| Finanzierungssaldo des Auslandes               | -1,158  | 0,653   | -3,235  | -6,547  | -5,428  | -2,0               | -1,6               |

1) Geschätzt.

Quelle: National Income and Expenditure, 1983; Economic Trends, Dezember 1983.

## Alternativen künftiger Europapolitik

Am 31. März einigten sich die Landwirtschaftsminister der Europäischen Gemeinschaft auf ein Bündel von Reformmaßnahmen, das im wesentlichen schon kurz vor der Konferenz des Europäischen Rates vom 19. und 20. März geschnürt worden war, das dann aber auf dem Gipfeltreffen selbst wegen seiner Einbindung in das „Stuttgarter Paket“ vom Juli letzten Jahres und wegen irischer Forderungen nach höheren Produktionsquoten bei Milch nicht verabschiedet werden konnte. Die Loslösung aus dem Paket und ein Zugeständnis an Irland machten die jetzigen Schritte möglich. Die Reformmaßnahmen mindern zwar den Ausgabenüberdruck im Gemeinschaftshaushalt und beseitigen bestimmte Wettbewerbsverzerrungen im innergemeinschaftlichen Agrarhandel. Insgesamt handelt es sich aber um eine problematische Weichenstellung, da neben die administrative Preisfestsetzung nun eine einzelbetriebliche Mengensteuerung tritt, die Regulierung des Landwirtschaftssektors mit allen negativen Folgeerscheinungen (Verwaltungsaufwand, Kontrollerfordernisse, Mißbrauchspotential, Festschreibung von Strukturen) also insgesamt zunehmen wird<sup>1</sup>.

Nach wie vor ungelöst ist das Problem der britischen Ausgleichsforderungen für hohe britische Lasten im Agrarsektor. Dabei ging es auf der Ratskonferenz vom 19. und 20. März zuletzt um einen Rest von 250 Mill. ECU oder 560 Mill. DM, den die Partner nicht bewilligten. Die Größenordnung dieses Betrages — 0,15 vH des britischen zentralen Staatshaushalts und 0,05 vH der zentralen Staatshaushalte der übrigen EG-Länder zusammengenommen — wäre weder für die fordernden Briten eine fühlbare Entlastung noch für die verweigernden Länder eine erhebliche zusätzliche Belastung gewesen. Es ist auszuschließen, daß der Gedanke der Europäischen Integration wegen einer halben Milliarde D-Mark aufs Spiel gesetzt wird.

Sowohl für die Reformträgheit als auch für den Attraktivitätsverlust des EG-Systems muß vielmehr nach tieferen Ursachen gesucht werden. Beides wiegt um so schwerer, als die Herausforderungen auf den Gebieten Handel, Währung, Finanzen, Arbeitsmarkt, Technologie, aber auch Außenpolitik und Sicherheit, von denen die EG-Länder ohne Ausnahme betroffen sind, sich deutlich verschärfen. Zweifellos kann die Antwort auf dieses europäische Paradoxon nur im Wege einer tiefgreifenden Analyse gesucht werden, die alle Dimensionen sowohl der innerstaatlichen Entwicklung als auch der Beziehungen zwischen den Staaten berücksichtigt. Einige Erklärungsansätze scheinen indes auf der Hand zu liegen:

— Westeuropa hat als weltwirtschaftliches und -politisches Gravitationsfeld an Bedeutung einge-

büßt. Die Dynamik der internen Handelsschaffung hat sich vorerst erschöpft, die Wachstums- und Innovationskräfte haben sich auf den pazifischen Raum verlagert. Die Weltpolitik wird mangels militärischer Identität und Stärke Europas von den Großmächten bestimmt. Die mit der Auflösung des Weltwährungssystems von Bretton Woods einhergehende Suspendierung nationalstaatlicher Verantwortung für globale Prozesse ermöglichte es der US-amerikanischen Administration, die wirtschaftliche Übermachtstellung der USA stark zur Geltung zu bringen und sich über andersgeartete wirtschaftspolitische Interessen Europas hinwegzusetzen.

— Mit dem Verlust an weltwirtschaftlicher Bedeutung ging in der Europäischen Gemeinschaft ein Prozeß der internen Wohlstandsdifferenzierung und wirtschaftspolitischen Zersplitterung einher. Das regionale Gefälle im Pro-Kopf-Einkommen hat sich nicht, wie es unter Einsatz erheblicher Mittel angestrebt wurde, verringert, sondern noch vergrößert. Im Zuge der Ölpreisschocks gestalteten sich die Leistungsbilanzsalden sehr unausgewogen. Die Inflationsraten differenzierten sich als Folge von Unterschieden in der Geldpolitik sowie in den direkten Preiswirkungen der Energieverteuerung. Hinzu kamen z.T. überschießende Veränderungen im internen Wechselkursgefüge. Letzteres wurde zusätzlich durch dramatische Veränderungen des Dollarkurses belastet, von denen die europäischen Währungen unterschiedlich hart betroffen wurden. Institutionelle Integrationspläne blieben infolge dieser Ereignisse in den Anfängen stecken und signalisierten das endgültige Ende des „Hallstein-Europa“, das freilich genauer auf den Anfang des Jahres 1966 datiert werden sollte, als de Gaulle mit dem „Luxemburger Kompromiß“ ein in den Verträgen nicht vorgesehenes Vetorecht für den einzelnen Mitgliedstaat durchsetzte, wann immer er „vitale“ nationale Interessen verletzt glaubte. Verschärft wurde der Prozeß der internen Wohlstandsdifferenzierung und Willenszersplitterung mit der ersten Erweiterungsrunde im Jahre 1973, als mit Großbritannien und Irland zwei Länder mit gravierenden Wirtschaftsproblemen, mit Großbritannien und Dänemark zwei Länder mit ausgesprochener Abneigung gegen Kompetenzübertragungen an Brüssel der Gemeinschaft beitraten. Im Falle Großbritanniens erwies es sich zudem als Sprengsatz, daß dieses Land als „late-comer“ nicht an der Kon-

<sup>1</sup> Vgl. Vor einer agrarpolitischen Neuorientierung in der Europäischen Gemeinschaft? Bearb.: Peter Hrubesch. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 11/84.

zipierung der gemeinsamen Agrarpolitik beteiligt worden war. Durch den Beitritt Griechenlands 1981 und die — noch — für 1986 vorgesehene Erweiterung der Gemeinschaft um Spanien und Portugal werden die wirtschaftliche Homogenität und die wirtschaftspolitische Kohäsion der Gemeinschaft weiter vermindert.

- Der funktionalistische Denkansatz, mit Hilfe von institutionell gesetzten Sachzwängen die Integration auf wichtigen Gebieten voranzutreiben und diesen „acquis communautaire“ als Ferment für Fortschritte in den übrigen Politikbereichen wirken zu lassen, erwies sich zunehmend als Fehlspekulation. Die Agrarmarktordnungen bescherten vielmehr infolge falscher Erzeugerpreisregulierung enorme Produktionsüberschüsse und belasteten damit über Gebühr den Gemeinschaftshaushalt. Auch erzeugten sie — im Vertrauen auf feste Wechselkurse geschaffen — mit dem „Währungsausgleich“, der bei Aufwertungen Einkommenseinbußen der Bauern, bei Abwertungen Preissteigerungen vermeiden helfen soll, einen Streitherd von immerwährender Virulenz. Die „Wirtschafts- und Währungsunion“, die auf der Haager Gipfelkonferenz von 1969 mit großem politischen Aufwand eingeläutet worden war, wurde schon bald darauf ein Opfer der Suspendierung des Weltwährungssystems von Bretton Woods, der Ölpreiskrise mit ihren Zahlungsbilanzturbulenzen, der Rezession und der strukturellen Verwerfungen in ihrem Gefolge. Der 1979 mit der Errichtung des Europäischen Währungssystems begonnene neue Anlauf hat zwar zu einer gewissen Wechselkursstabilisierung geführt, zugleich aber in einzelnen Mitgliedstaaten den Rückgriff auf protektionistische Maßnahmen, Kapitalverkehrskontrollen und Devisenbeschränkungen verstärkt. Mit der Verschärfung des Protektionismus wurde sogar der tragende Pfeiler der Gemeinschaft, die Zollunion, erschüttert. Zwar werden nicht die Tariffreiheit nach innen, der gemeinsame Zolllarif nach außen in Frage gestellt. Aber gerade der Respekt vor diesem Tabu bewirkte, daß sich der ökonomisch-soziale Druck in Richtung auf verstärkten Außenschutz andere, verstecktere Ventile suchte.
- Der Verfall des Erreichten, der Verlust an innerer Kohäsion, die spektakulären Fehlentwicklungen, die Erschöpfung der Innovations- und Finanzkraft haben die EG als Problemlösungsebene in Verruf gebracht. Viele glauben, sie richte mehr Schaden an als sie nütze. Die Popularität der Gemeinschaft ist in der Politik und in der öffentlichen Meinung ebenso gesunken wie in der Wissenschaft. Da die Mitglieder des maßgeblichen EG-Organs, des Ministerrats, ihre Machtbasis nicht etwa im Europäischen Parlament, sondern im Parlament des je-

weils eigenen Landes haben, entscheiden sie im Konfliktfall nach den eng definierten Interessen ihres heimischen Wählerpotentials. Bei aller Würdigung der analytischen und deklaratorischen Leistungen des Europäischen Parlaments — etwa im Hinblick auf die Verantwortung der Gemeinschaft gegenüber der Dritten Welt — kann dieses Gremium trotz der mittlerweile direkten Legitimation nicht die Funktion eines „Föderators“ übernehmen. Vielmehr steht für die zweite Direktwahl am 17. Juni dieses Jahres zu befürchten, daß die Wahlbeteiligung gegenüber dem ohnehin niedrigen Niveau bei der ersten Wahl im Jahre 1979 — im Durchschnitt 61 vH, in Großbritannien nur 30,5 vH<sup>2</sup> — noch sinkt. Seine entscheidende Schwäche ist der Mangel an Legislativbefugnis, den zu kompensieren ihm nicht einmal scharfe, durchgängige Budgetkontrollrechte zur Verfügung stehen.

In dieser Lage scheint es für die Europäische Gemeinschaft nur die Alternative zu geben, entweder bei grundsätzlicher Gleichbehandlung aller Partnerstaaten auf jeden tiefergehenden Integrationsehrgeiz zu verzichten oder in regional enger gefaßtem Rahmen neue Gravitationsfelder herauszubilden. Im letztgenannten Fall ist der mehr und mehr diskutierte Grundgedanke ein stark integriertes „Kern-Europa“ mit einer Peripherie von Nachzüglern, denen jedoch je nach politischem Willen und wirtschaftlichem Vermögen der Anschluß offensteht. Der politische Anschlußwille werde sich um so kräftiger entwickeln, je mehr Anziehungskraft das Kern-Europa infolge seiner integrationspolitischen Errungenschaften ausübt.

Das Europäische Parlament hat mit seinem Verfassungsentwurf für die „Europäische Union“<sup>3</sup> jüngst das Modell eines stark bundesstaatlich geprägten Europa entwickelt. Es soll entstehen, sobald die nationalen Parlamente von Mitgliedstaaten, die insgesamt zwei Drittel der Bevölkerung der Gemeinschaft repräsentieren, den Verfassungsentwurf ratifiziert haben. Damit wäre der Tatbestand eines solchen Kern-Europa erfüllt, denn es ist nicht anzunehmen, daß alle Mitgliedstaaten der jetzigen Zehner- oder künftigen Zwölfergemeinschaft den Entwurf ratifizieren würden. Diese Konstruktion würde jedoch schwerwiegende politische und rechtliche Probleme auf, da das Verhältnis von — allzuständiger — Union und fortbestehender — partiell zuständiger — Gemeinschaft nicht geklärt

<sup>2</sup> Eberhard Grabitz, Thomas Läufer, Das Europäische Parlament. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, Band 160, Bonn 1980, S. 705 und 720.

<sup>3</sup> Europäisches Parlament, Sitzungsdokumente 1983-84. Bericht im Namen des Institutionellen Ausschusses über den Vorentwurf eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union. Dokument 1-1200/83/A vom 19. Dezember 1983.

wäre<sup>4</sup>. Außerdem erscheint das Unionsmodell wegen der massiven Kompetenzübertragung, der Aufwertung des Parlaments und der rechtlich bindenden Einbeziehung der Außenpolitik inhaltlich als zu anspruchsvoll.

Ein zweites Modell für ein Kern-Europa wäre das integrationspolitische Voranschreiten einer Gruppe von Mitgliedstaaten in bestimmten Politikbereichen auf der Basis der bestehenden Verträge. Denkbar wäre dies etwa für die Harmonisierung des Steuersystems, die Abschaffung von Binnengrenzen, die Unternehmenspolitik, soweit sie noch nicht durch Gemeinschaftsrecht geregelt ist (Fusionskontrolle, Gesellschaftsrecht), die rechtlich zwar vorgeschriebene, faktisch aber mißachtete wechselseitige Öffnung von Märkten für öffentliche Aufträge, die Angleichung von Normen, die Abstimmung geld- und finanzpolitischer Ziele und Instrumente. Derartige Integrationsschritte unterhalb der Ebene der Zehn (abgestufte Integration, Europa der zwei Geschwindigkeiten) stehen nach den Ergebnissen einer jüngeren Untersuchung nicht im Widerspruch zu den Gemeinschaftsverträgen<sup>5</sup>. Sie entsprechen dem von Leo Tindemans propagierten Gedanken, wonach Länder, die in der Lage sind, integrationspolitisch voranzuschreiten, geradezu die Pflicht haben sollten, dies zu tun<sup>6</sup>. Der Nachteil dieses Modells wäre, daß es sich nur auf Neuentwicklungen erstreckt. Auf der Basis der jetzigen Entscheidungspraxis können Fehlentwicklungen, die ein Erbe der gemeinschaftlichen Rechtspolitik in der Vergangenheit sind, weiterhin solange nicht revidiert werden, wie nicht *alle* Mitgliedstaaten zu konkreten Schritten in diese Richtung bereit sind. Es ist durchaus denkbar, daß die Rehabilitierung des Integrationsgedankens auf der Ebene unterhalb der Zehn nicht dessen fortdauernden Attraktivitätsverlust auf der Gemeinschaftsebene aufwäge. Hinzu kommt, daß Integrationsschritte dieser Art nur soweit möglich sind, wie keine gemeinschaftlichen Haushaltsmittel für sie aufgewendet werden müssen<sup>7</sup>.

Die Aufhebung dieser Zwänge wäre in einem dritten, radikalsten Modell gegeben: bei Austritt derjenigen Länder, die den Fortschritt oder die Revision der Fehlentwicklungen blockieren. Dies ist nur auf der Basis von Freiwilligkeit möglich, denn die Verträge gelten uneingeschränkt und unbefristet. Ausschluß oder Austritt sind nicht vorgesehen, geschweige denn verfahrenstechnisch geregelt. Konsensgetragene Austritte sind aber im Prinzip möglich, wie der Fall Grönland zeigt. Politisch wären aber auch Austrittserklärungen gegen den Willen einzelner Mitgliedstaaten hinzunehmen, da keine greifenden Sanktionsmechanismen bestehen.

Aktueller ist indes der Fall, daß die Partner den Austritt eines bestimmten Landes wünschen, ohne daß dieses dazu bereit ist. Mit seiner Verhandlungs-

führung auf der Brüsseler Tagung des Europäischen Rates und der zeitweiligen Androhung, die der Gemeinschaft zustehenden Eigenmittel nicht abzuführen, aber bei gleichzeitiger Bestätigung seines Willens zur Mitgliedschaft, hat sich Großbritannien in die Nähe einer solchen Lage manövriert. Nur durch politischen Druck in Richtung auf die Wahrnehmung der Alternative „Akzeptanz oder Austritt“ kann hier die Probe aufs Exempel gemacht werden. Das geeignete Mittel dazu ist die intensive Nutzung des vertraglich vorgesehenen Regelfall-Instrumentes der Mehrheitsentscheidung im Rat. Sie bedeutet die Suspendierung des Luxemburger Kompromisses. Hierzu bedürfte es nicht etwa eines Einstimmigkeitsvotums — mit der Folge, daß die Aufhebung nicht zustande käme. Da dieser Kompromiß nicht die Qualität einer verbindlichen Rechtsnorm hat, müßte er nur schlicht mißachtet werden, wenn sich in der betreffenden Sachfrage die vertraglich vorgesehene Mehrheit findet. Es wäre eben „nur“ das Risiko in Kauf zu nehmen, daß das eine oder andere Land die Gemeinschaft verläßt, wenn es in einer von ihm als gravierend empfundenen Frage überstimmt wird. So würde sich zeigen, ob etwa für Großbritannien der Luxemburger Kompromiß tatsächlich die unabdingbare Geschäftsgrundlage seiner Mitgliedschaft ist, oder ob — was sehr viel wahrscheinlicher ist — das Land die Vorteile der Mitgliedschaft auch ohne die Möglichkeit zur „harten Interessenpolitik“ nicht höher einschätzt als die des Austritts.

Freilich würde sich die Gruppe der sechs ursprünglichen EG-Länder, die sich gern als das „Kern-Europa“ versteht, auch im Verhältnis zueinander dazu verurteilen, das Mehrheitsvotum zu respektieren. Dies ist die europapolitische „Gretchenfrage“ vor allem für Frankreich als den Erfinder des allgemeinen Vetorechts und entschiedenen Verteidiger der bestehenden Agrarmarktordnungen, aber letztlich auch für die

<sup>4</sup> Vgl. Ulrich Everling, Zur Rechtsstruktur einer Europäischen Verfassung. In: *Integration 1/84*. Sonderheft zum Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments, S. 12-24, insbes. S. 21 f.

<sup>5</sup> Vgl. Bernd Langeheine, Überlegungen zur rechtlichen Zulässigkeit einer abgestuften Integration in der Europäischen Gemeinschaft. In: Eberhard Grabitz (Hrsg.), *Abgestufte Integration — eine Alternative zum herkömmlichen Integrationskonzept?* Kehl am Rhein (erscheint demnächst); auch Eberhard Grabitz, *Das integrationspolitische Anliegen des Abstufungskonzeptes und sein Verhältnis zum rechtlich-institutionellen Gefüge der Gemeinschaft*. In: *Integrationskonzepte auf dem Prüfstand*. Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., Band 19, Baden-Baden 1983, S. 67-78, insbes. S. 74.

<sup>6</sup> Die Europäische Union, Bericht von Leo Tindemans an den Europäischen Rat. *Bulletin der Europäischen Gemeinschaften*, Beilage 1/76, S. 22.

<sup>7</sup> Vgl. Fritz Franzmeyer, Das Problemlösungspotential der abgestuften Integration in wichtigen Politikbereichen. In: *Integrationskonzepte auf dem Prüfstand*, a.a.O., S. 79-90, insbes. S. 81.

Bundesrepublik Deutschland, die sich ohne Großbritannien in der Frage der Agrarreform durchaus in einer Minderheitsposition wiederfinden könnte. Es zählt zu den paradoxen Zügen der gegenwärtigen Lage, daß Großbritannien einerseits wegen einer finanziellen Bagatelle den Verlust seiner gemeinschaftspolitischen Glaubwürdigkeit riskiert, andererseits aber einer der überzeugendsten Verfechter eines agrarpolitischen Reformkurses ist und zu dessen Durchsetzung in der Gemeinschaft dringend gebraucht wird. Die reformpolitische Qualität des hier unterbreiteten Vorschlages steht und fällt also mit der Wahrscheinlichkeit, daß sich im Rahmen eines demokratischen, aber effizienten Entscheidungsverfahrens mit dem Verzicht eines Landes auf Austritt für den Fall der Nicht-Erfüllung aller nationalen Wünsche die politische, mit der Rückkehr zu marktwirtschaftlicher Steuerung der Agrarproduktion die ökonomische Vernunft durchsetzen wird.

Die *Weiterentwicklung* der Gemeinschaft auf der Grundlage der bestehenden Verträge bedarf indes auch nach geltendem Recht der Einstimmigkeit (Art.

235 EWG-Vertrag). Dies hatte z.B. zur Folge, daß zentrale Elemente des Europäischen Währungssystems, an denen nicht alle Mitgliedstaaten teilhaben, nicht gemeinschaftsrechtlich, sondern nach völkerrechtlichem Vorbild<sup>8</sup> geregelt wurden. Das Völkerrecht bietet indes nur hilfsweise einen vertraglichen Rahmen für abgestufte Integrationsfortschritte. Eine Verankerung im EWG-Vertrag würde dessen Zielkoordinaten eindeutig ins Spiel bringen und die schwierige Nachzüglerproblematik im Geiste einer Solidargemeinschaft lösen helfen. Die Perspektive des späteren Gleichziehens *aller* würde auch einigen der Länder, die sich aus Furcht vor der deutlich gewachsenen Dominanz der Bundesrepublik (Modell Deutschland, Anwalt der „Stabilitätsgemeinschaft“, Leitwährung D-Mark) nur zögernd zu rascheren Integrationsfortschritten im Rahmen eines Kern-Europa entschlossen, diesen Schritt erleichtern und damit das Integrationstempo insgesamt beschleunigen helfen.

<sup>8</sup> Vgl. Hans-Eckart Scharrer, Abgestufte Integration in der Praxis: Das Europäische Währungssystem. In: Integrationskonzepte auf dem Prüfstand, a.a.O., S. 91-106, insbes. S. 94 f.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33  
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00  
BTX-Systemnummer • 880 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp  
Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,  
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler,  
Dr. Wolfgang Watter, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

*Ist die Überwindung der Rezession in den angelsächsischen Ländern auf eine konsequent angebotsorientierte Wirtschaftspolitik zurückzuführen?*  
Bearbeitet von Manfred Teschner.—

*Alternativen künftiger Europapolitik.* Bearbeitet von Fritz Franzmeyer.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.  
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.  
Zuzüglich Versandkosten.

— Die nächste Nummer der Wochenberichts erscheint am 19. 4. 1984 —